

# Arbeitgeber wollen kein Rot-Rot-Grün

Verbandspräsident Arndt Kirchhoff gibt der Landesregierung eine „4“ als Note.

VON REINHARD KOWALEWSKY

**DÜSSELDORF** Arndt Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW, fordert eine wirtschaftsfreundliche Trendwende in der NRW-Landespolitik nach der Wahl im Mai. Dies erklärte er bei einem Vortrag bei der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV) in Düsseldorf. Der Landesregierung gebe er insgesamt nur eine „4“ als Schulnote, erklärte er. NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) verdiene zwar mindestens eine „3+“, doch dessen Vorstellungen müssten sich stärker durchsetzen. Nach der Wahl müsse man unbedingt das Wirtschaftsressort stärken. Kirchhoff: „Wenn die anderen

Ressorts nicht mitziehen, dann passiert nichts. Das muss sich ändern.“

Vehement sprach sich Kirchhoff gegen die Möglichkeit aus, dass es nach der Wahl zu einer rot-rot-grünen Regierung käme oder dass sich SPD und Grüne von der Linken tolerieren ließen. Er verwies auf das Programm der Linken, das sogar die Enteignung von Unternehmen vorsehe. So drohe der Einstieg in eine „planwirtschaftliche Phase“, statt das Unternehmertum zu stärken und dadurch Jobs zu schaffen.

Auch darum erwarte er von SPD und Grünen eine öffentliche Aussage, dass sie mit den Linken nicht zusammenarbeiten. „NRW ist ein Land, dessen Wohlstand von seiner Industrie abhängt, das darf nicht

weiter geschwächt werden.“ Zur AfD sagte er: „Für die AfD und ihre Positionen habe ich überhaupt kein Verständnis.“

Der parteilose Unternehmer äußerte sich nicht klar dazu, welche Koalition ihm am liebsten wäre. Zu einer rein rechnerisch denkbaren Koalition von SPD und FDP meinte er: „Warum nicht? Das gab es ja früher auch schon zweimal.“ Eine große Koalition wäre „langweilig“. Es wäre nämlich problematisch, wenn die zwei größten Parteien gemeinsam regieren, weil es dann nur eine sehr schwache Opposition gäbe. Dass eine Koalition von CDU und FDP seine Lieblingsoption wäre, kann vermutet werden, obwohl er sich dazu nicht äußerte.

Frankfurter Allgemeine  
(FAZ)

Westdeutsche Allgemeine Zeitung  
WAZ

## Ruf nach stärkerem Wirtschaftsminister

**Düsseldorf.** NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff spricht sich für einen Neuzuschnitt der Ministerien nach der Landtagswahl im Mai aus. „Entscheidende Abteilungen aus dem Umweltministerium gehören ins Wirtschaftsministerium“, sagte Kirchhoff vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV) in Düsseldorf. Das Wirtschaftsministerium sei von Rot-Grün gestützt worden und müsse wieder aufgewertet werden. Kirchhoff zeigte auch Sympathie für eine Zusammenlegung der Ressorts Arbeit und Wirtschaft. Die Schaffung neuer Jobs müsse im Zentrum stehen. *ulf*

## Feldhamster oder Arbeitsplätze

Bessere Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen

bü. **DÜSSELDORF, 6. April.** Die nordrhein-westfälischen Unternehmensverbände erwarten von einer neuen Landesregierung nach der Wahl in fünf Wochen einen „Masterplan“, um die Wirtschaft an Rhein und Ruhr nach vorn zu bringen. „Dann können wir in Nordrhein-Westfalen in 10 Jahren an der Spitze Deutschlands stehen“, sagte Unternehmensverbandspräsident Arndt Kirchhoff. Im Ländervergleich bekleidete Nordrhein-Westfalen 2016 beim Wirtschaftswachstum nur den sechsten Platz, im Jahr zuvor sogar den vorletzten. Vor allem in der Industrie bleibt die Entwicklung weit hinter dem deutschen Durchschnitt zurück. Kirchhoff warnte vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV) in Düsseldorf, dass Unternehmen Investitionen in andere Länder verlagern oder Nordrhein-Westfalen ganz den Rücken kehren könnten, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht zügig verbesserten. Als einen Hauptgrund für die Wachstums- und Standortchwäche nannte er die Entmachtung des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums durch den grünen Koalitionspartner. Das Umweltministerium habe wich-

tige Planungsabteilungen an sich gezogen und belaste mit immer neuen, über die EU-Vorgaben hinausgehenden Auflagen die Ausweisung von Gewerbeflächen und die Erweiterung von Industriebetrieben. Der Bürokratieabbau stehe für Kirchhoff deshalb zusammen mit einer Infrastrukturoffensive für Verkehr und digitale Netze weit oben auf der wirtschaftspolitischen Agenda. Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) könne er „kein schlechtes Zeugnis“ ausstellen, aber das von Johannes Rempel geleitete Umweltministerium verdiene „bestenfalls eine Fünf minus“. Letztlich sei Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dafür verantwortlich, dass die Koalition sich gegenseitig blockiert habe statt ihr Versprechen „Nordrhein-Westfalen bleibt Industrieland“ zu verwirklichen. „Wir brauchen eine Willkommenskultur für Unternehmen und ein neues Grundempfinden für die Industrie, das klar macht, wer Vorfahrt hat: Feldhamster oder Jobs“, sagte Kirchhoff. Von der SPD verlangte er eine eindeutige Absage an eine „systemverändernde“ Koalition mit der Linkspartei. Deren planwirtschaftliche Ansätze seien eine Gefahr für das Land und die Bundesrepublik.